Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1559 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 60. Donnerstag, 12. März 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen – hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) In der auf heute mittag einberufenen Sitzung des Reichstags richtete

Reichstagspräsident Loebe

an den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons folgende Ansprache: Nach dem plötzlichen und tiefbeklagten Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Herrn Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß also auch sein Vertreter den in Art. 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstag ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen und erlaube mir, Ihnen die Eidesformel zu überreichen. Ich ersuche das Haus, sich zu erheben und bitte Sie, den Eid abzulegen.

Nachdem der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons den Eid abgelegt hatte, sagte Präsident Loebe: Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohle des Landes und des Deutschen Volkes verwalten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperschaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichen Glückwunsch aus.

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons

erwiderte:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl, das Gesetz sagt es klar, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richtertums, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das zwingende Gebot der Unparteilichkeit, von dem vielbetrauerten Toten, den ich vertrete, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe, aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seine Rechte mit Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den sich bald zum ersten Mal in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatlich geeint ist, in freier und unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt küren wird.

Die Streiklage unverändert.

Dresden. (Funkspruch.) Die Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: **Die Streiklage im Bereiche der Reichsbahndirektion Dresden** ist seit gestern im allgemeinen **unverändert** geblieben.

Sympathiekundgebungen für die streikenden Eisenbahner.

)(Berlin. Nach einer Mitteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde in einer Konferenz der Gewerkschaften und Spitzenverbände zum Eisenbahnerstreik eine Entschließung gefaßt, in der der Verbandsbeirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Haltung der Verhandlungskommission billigt. Verbandsbeirat und Vorstand sprechen den im Kampf befindlichen Kollegen ihre volle Sympathie aus und erklären: Die Forderungen auf eine allgemeine Lohnerhöhung ab 1. März und Verkürzung der Arbeitszeit werden aufrecht erhalten. Bei weiter ablehnender Haltung der Reichsbahnverwaltung ist eine Verbreiterung der Kampfbasis vorzunehmen. Dem Vorstand wird dazu jede Vollmacht erteilt. Der Vorstand wird beauftragt, die vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen wahrzunehmen, um eine Verständigung auf der Basis unserer Forderungen zu erzielen.

Mehr Ersatzkräfte als Streikende.

Zur Streiklage teilt die Reichsbahndirektion Dresden ferner mit: **Der anhaltende Schneefall hat das Verschubgeschäft beeinträchtigt.** Während weiterhin eine größere Anzahl von Verkehrsstellen vom Streik nicht berührt ist, hatte sich durch den Zutritt von Arbeitern anderer kleinerer Dienststellen die Zahl der Ausständischen bis gestern mittag auf 5811 erhöht. Für die Bewältigung des Verkehrs ist diese Zunahme jedoch ohne Einfluß geblieben, da **die Zahl der Ersatzkräfte seit gestern früh mehr gestiegen ist, als die Zahl der Streikenden.** Allein die Zahl der beschäftigten Wartegeld- und Ruhestandsbeamten übersteigt bereits 1000. Die von der Reichsbahndirektion Dresden veröffentlichten Zahlen beruhen auf den bei ihr täglich zweimal eingehenden Meldungen der Dienststellen ihres Bezirks. Sie sind daher unbedingt zuverlässig und entsprechen dem neuesten Stande. Der Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden umfaßt den Freistaat Sachsen sowie den angrenzenden thüringer Bezirk bis Zeitz, Gera und Schleiz.

Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl.

Nationaler Ausschuß für die Präsidentenwahl.

Gemeinsames Vorgehen der ostsächsischen Rechtsparteien zur Reichspräsidentenwahl.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung der schwarz-weißroten Parteien, Verbände und Berufsorganisationen, die am Mittwoch in Dresden stattfand, wurde ein **geschlossenes einheitliches Zusammengehen** der Rechtskreise in Ostsachsen in der Reichspräsidentenwahl **einstimmig** beschlossen. Dabei kam im besonderen zum Ausdruck, daß die **Wahl im Zeichen des Burgfriedens** der rechtsstehenden Parteien und Verbände durchgeführt werden soll. Es wurde ein **Hauptausschuß eingesetzt,** dem u. a. angehören: die Vorsitzenden der rechtsstehenden Organisationen, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der völkischen Bewegung, der Vaterländischen Verbände, des Landbundes, sowie Vertreter der Industrie und des Handwerks, der Presse und der nationalen Frauenbewegung Der Ausschuß führt den Titel:

„Nationaler Ausschuß für die Präsidentenwahl."

Vorsitzender des Hauptausschusses ist Staatsminister a. D. **Heinze.** Zuschriften sind zu richten an das Büro der Deutschnationalen Volkspartei, Räcknitzstraße 18.

Die Wahlleiter.

Für das Gesamtministerium veröffentlicht die Staatskanzlei eine Verordnung zur Reichspräsidentenwahl, in der es heißt:

Kreiswahlleiter sind: im 28. Wahlkreise **Dresden-Bautzen:** Geh. Regierungsrat **Dr. v. Heygendorff,** Stellvertreter: Oberregierungsrat **Dr. Putzger;** bei beiden Postanschrift: Kreishauptmannschaft Dresden-A. 1, Friesengasse 6, 2., Fernsprechnummern 25856 und 25685.

im 29. Wahlkreise **Leipzig:** Geh. Regierungsrat **Dr. Dietrich,** Stellvertreter: Oberregierungsrat **Hempel;**

im 30. Wahlkreise **Chemnitz-Zwickau:** Stadtrat Dr. **Härtwig,** Stellvertreter: Stadtrat **Dr. Schenfisler;**

Reichswahlleiter. Anschrift: Reichswahlleiter, Berlin W. 10, Lützowufer.

Die Kandidatenfrage.

vdz. Berlin. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Der unter Vorsitz des Staatsministers **v. Loebell** gebildete Ausschuß der Deutschn. Volksp., der Deutsch. Volkspartei, der Bayr. Volksp. und der Wirtschaftl. Vereinigung sowie der in Betracht kommenden Organisationen hat gestern mit Vertretern der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei **über eine etwaige gemeinsame Kandidatur** der im Ausschuß vertretenen Parteien und Organisationen sowie des Zentrums und der Demokraten beraten. Von den im Ausschuß vertretenen Parteien und Organisationen wurde den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, daß der im Ausschuß vorbereitete **Vorschlag einer Kandidatur Jarres aufrecht erhalten** werde. Sollte aber der Parteiausschuß des Zentrums, wie die Demokratische Partei es bereits getan habe, sich für eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur entschließen und auf eine eigene Kandidatur verzichten, so soll sofort in weitere Beratungen eingetreten werden.

Der **Vertreter des Zentrums** gab als vorläufiges Ergebnis der Beratungen des Reichsausschusses bekannt, daß die Möglichkeit einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur noch gegeben sei, daß aber der vom Ausschuß genannte Duisburger **Oberbürgermeister Dr. Jarres für die Zentrumspartei nicht tragbar sei, und daß gegen eine auch genannte Kandidatur Geßler Bedenken bestünden.** Da die Beratungen des Reichsausschusses der Zentrumspartei um 7 Uhr abends noch nicht beendet waren und vom Zentrum um Aufschub der Entscheidung gebeten wurde, wurde vom Ausschuß beschlossen, daß die definitive Entscheidung am Donnerstag getroffen werde.

Kandidatur Geßler?

)(Berlin. Wie gemeldet wird, dürfte in der Frage der **Aufstellung eines bürgerlichen Sammelkandidaten** für die Reichspräsidentenwahl heute die Entscheidung fallen. Die von einer Nachrichtenagentur verbreitete Meldung, wonach der Ausschuß der Rechtsparteien einstimmig, also auch mit Einschluß der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sich für eine **Kandidatur Geßler** ausgesprochen habe, wird von mehreren Blättern als unrichtig bezeichnet. Vorläufig habe nur die Wirtschaftspartei Dr. Geßler in Vorschlag gebracht. Der Zentrumsparteiausschuß wird daher auch die Beantwortung folgender an den Ausschuß der Rechtsparteien gerichteten Frage, ob die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei tatsächlich gewillt seien, unter allen Umständen eine Kandidatur Geßler zu unterstützen, abwarten, bevor er heute zu der Kandidatur Geßler endgültig Stellung nehmen wird. Wie die „Zeit" meldet, beabsichtigen Völkische Kreise für den Fall der Aufstellung Geßlers als bürgerlichen Sammelkandidaten mit einer Sonderkandidatur vorzugehen.

In der Presse war auch **als eventueller Kandidat der gegenwärtige stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons** genannt worden. Wie die „Zeit" dazu erfährt, beabsichtigt Dr. Simons nicht, eine ihm etwa angebotene Kandidatur anzunehmen, sondern ist gewillt, auf seinem Posten als Reichsgerichtspräsident zu verbleiben.

Ein neues Schandurteil.

* Brüssel. Nach einer Meldung der „Naence belge" verurteilte das Kriegsgericht von Brabant den **Kommandeur des Reserve-Infanterieregiments Nr. 78, Oberst v. Bieberstein,** in Abwesenheit **zu 20 Jahren Zuchthaus.** (!) Es wurden ihm Vergehen zur Last gelegt, die die ihm unterstellten Truppen in der Umgebung von Brüssel begangen haben sollen, insbesondere die Tötung von Amtspersonen.

Aus den Landtagsausschüssen.

flk. Dresden. Im Haushaltausschuß A stand am Mittwoch ein Antrag Günther zur Beratung, zur **Förderung des Wohnungsbaues** in den nächsten Jahren **Grunderwerbssteuern und sonstige Kosten und Gebühren nicht zu erheben.** Da ähnliche Anträge beim Reichstage bereits vorliegen und auch der Wohnungsausschuß des Deutschen Städtetages die Frage behandelt, kam der Ausschuß zu dem Antrage, daß dem Landtag mit tunlichster Beschleunigung eine Vorlage unterbreitet werden möchte, die zur Belebung des Wohnungsbaues Ermäßigung der Steuern und Gebühren vorsieht. Weiter soll beim Reiche versucht werden, den Erlaß der Grunderwerbssteuer zu erleichtern.

Der Haushaltausschuß B behandelte in seiner gestrigen Sitzung den ihm am 10. Februar von der Vollsitzung des Landtags überwiesenen Antrag auf **Durchführung von Hilfsaktionen zur Linderung der Notlage der sächsischen Heimindustrie.** Der Antrag verlangt eine Anzahl von „Maßnahmen" ohne diese näher zu kennzeichnen. Die Aussprache, an der sich sämtliche Parteien eingehend beteiligten, ergab, daß, wenn gangbare Wege zur Beseitigung wirklich vorhandener Notlage in der Heimindustrie bewiesen werden könnten, auf denen insbesondere die Heimarbeiter selbst mitgehen wollten, an einer solchen Hilfe und Unterstützung wohl jede Partei teilnehmen würde. Zu ihrem vorliegenden umfangreichen Antrag brachte die Kommunistische Partei weitere Anträge ein, über welche die Verhandlung demnächst fortgesetzt werden soll.

Der Barmatausschuß des Sächsischen Landtags.

flk. Dresden. Der vom Landtage auf Antrag der Deutschen Volkspartei eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Beziehungen der sächsischen Regierung zu Barmat hat sich nunmehr konstituiert. Zum **Vorsitzenden** wurde Abg. **Dr. Kastner** (Dem.) und zu Berichterstattern die Abgg. **Lippe** (DVp.) und **Bethke** (Soz.) gewählt.

Die Reichswehr.

vdz. Berlin. Der **Haushaltsausschuß des Reichstags** setzte gestern die Beratung des **Haushalts des Reichswehrministeriums mit dem Etat des Reichsheeres** fort. — Die Referenten stellten in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, daß der unpolitische Charakter der Reichswehr gewahrt bleiben und alles vermieden werden müßte, was geeignet sein könne, ihn in Frage zu stellen.

Reichswehrminister Dr. Geßler

legte die Grundsätze dar, nach denen das Ministerium in seinen Maßnahmen verfahre. Die Reichswehr müsse nach allgemeiner Ansicht überparteilich ausgebaut werden, deshalb sei den Angehörigen der Wehrmacht jede politische Betätigung untersagt. Diese Linie sei absolut eingehalten worden, solange er Wehrminister sei. Die Reichswehr habe niemals auf die Innen- oder Außenpolitik irgendwie Einfluß zu nehmen versucht. Unser Heer solle nicht für innere Zwecke dienen, sondern zum Landesschutz. Es mache große Schwierigkeiten, das Hunderttausend-Mann-Heer vollzählig aufzustellen. Im Gegensatz zu dem Mannschaftsersatz sei der Andrang zur Offizierslaufbahn weit größer als die vorhandenen Stellen. Die Entwicklung der Reichswehr sei in den letzten fünf Jahren durchaus in dem Sinne vor sich gegangen, wie von allen Seiten gewünscht worden sei. Das Heer werde am Pflichtbegriff erzogen, das andere müsse die Entwicklung und die Zeit bringen.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß.